Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/221

23. 03. 77

Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP

Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und Wahrung der Menschenrechte

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die KSZE-Schlußakte hat zusammen mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Grundlagenvertrag mit der DDR sowie dem Viermächte-Abkommen über Berlin und anderen Abkommen allgemein anerkannte Maßstäbe für die Entspannungspolitik in Europa gesetzt und Grundlagen und Möglichkeiten für eine verbesserte Zusammenarbeit geschaffen;

2. die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, die vertrauenbildenden Maßnahmen, die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die humanitären Erleichterungen, die in der KSZE-Schlußakte niedergelegt wurden, müssen in gleicher Weise verwirklicht und weiterentwickelt werden;

3. dabei muß der Achtung und Wahrung der Menschenrechte der ihnen gebührende Rang zukommen;

4. die Bundesregierung wird aufgefordert, dazu beizutragen, daß im Rahmen des Meinungsaustauschs auf dem KSZE-Folgetreffen in Belgrad eine nüchterne Bilanz der Verwirklichung aller Absichtserklärungen der Schlußakte von Helsinki einschließlich der Achtung der Menschenrechte gezogen wird;

5. nach Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und durch die KSZE-Schlußakte sind gesellschaftliche Prozesse in den Unterzeichnerstaaten ausgelöst worden, die zu einer weltweiten Menschenrechtsdiskussion geführt haben. Unser Ziel muß es sein, daß die Durchsetzung der in Helsinki beschlossenen Absichtserklärung in die praktische Politik gefördert und nicht behindert wird. Dies gilt vor allem für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein elementares Interesse daran, daß der durch die Konferenz von Helsinki geförderte Entspannungsprozeß über das Folgetreffen von Belgrad hinaus fortgeführt wird;

6. die Bundesregierung wird aufgefordert, in engster Abstimmung mit den zuständigen Gremien der europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ) und des Nordatlantischen Bündnisses Vorschläge vorzulegen, in welchen Bereichen und auf welchen Wegen bei der Verwirklichung der KSZE-Schlußakte in den nächsten Jahren weitere Fortschritte erzielt werden können;

7. die zuständigen Ausschüsse des Bundestages sind über die diesbezüglichen Bemühungen zu gegebener Zeit rechtzeitig vor dem Folgetreffen in Belgrad zu unterrichten.

Bonn, den 23. März 1977

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion